Schleswig-Holsteinischer Landtag

Sozialausschuss
Der Vorsitzende

Herrn Staatssekretär
Horst Dieter Fischer
Ministerium für Soziales, Gesundheit und
Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein
Adolf-Westphal-Straße 4

Kiel, 5. Juli 2004

24143 Kiel

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 15/4702**

**Aktenvorlageverlangen des Sozialausschusses gemäß Art. 23 Abs. 2 Landes-
verfassung**

Ihr Schreiben vom 23. Juni 2004

Sehr geehrter Herr Fischer,

in Ihrem Schreiben vom 23. Juni 2004, für das ich Ihnen sehr herzlich danke, stellen Sie die sich aus dem Ausgleich der Kontrollrechte des Landtages mit datenschutzrechtlichen Vorschriften hinsichtlich der „Rechtsaufsichtsakten betreffend die AOK Schleswig-Holstein von 1998 bis einschließlich 2004“ ergebenden Probleme im einzelnen dar.

Insofern möchte ich vorsorglich darauf hinweisen, dass die Bedeutung, die das Kontrollrecht des Parlaments für die parlamentarische Demokratie hat, in der Regel dann keine Verkürzung des parlamentarischen Informationsanspruches zugunsten des Schutzes des allgemeinen Persönlichkeitsrechts gestattet, wenn Parlament und Regierung Vorkehrungen für den Geheimschutz getroffen haben, die das ungestörte Zusammenwirken beider Verfassungsorgane auf diesem Gebiet gewährleisten, und wenn der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist (BVerfGE 67, 100, 127 ff., 144; vgl. hierzu Hübner, in: von Mutius/Wuttke/Hübner, Kommentar zur Landesverfassung, 1995, Art. 23 RN 18).

Um dieses ungestörte Zusammenwirken von Parlament und Regierung zu gewährleisten, hat sich der Schleswig-Holsteinische Landtag eine Geheimschutzordnung vom 23. Mai 1991 (GVOBl. S. 319) gegeben, die nach § 1 Abs. 1 für Verschlussachen, die innerhalb des Landtages entstehen oder dem Landtag, seinen Ausschüssen oder Mitgliedern des Landtages zugeleitet werden, und für sonstige geheimhaltungsbedürftige Angelegenheiten gilt.

Wenn hier die Aktenvorlage im Ergebnis teilweise davon abhängig gemacht werden sollte, dass die angeforderten Akten nur in nichtöffentlicher Sitzung erörtert, vertraulich behandelt oder nach der Geheimschutzordnung eingestuft werden, kann der Sozialausschuss entsprechend mit Mehrheit beschließen, ob und gegebenenfalls welche Maßnahmen zu treffen sind (vgl. Nr. 7 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung zum Verfahren bei Aktenvorlagebegehren gemäß Art. 23 Abs. 2 Landesverfassung vom 18. Dezember 1992). Hinzuweisen ist insoweit auch auf § 13 Abs. 1 Satz 1 der Geheimschutzordnung, nach dem Akten, sonstige Unterlagen und die Beratungen der Ausschüsse geheim zu halten sind, soweit der Schutz von Geschäfts-, Betriebs-, Erfindungs-, Steuer- oder sonstigen privaten Geheimnissen oder der Schutz von Umständen des persönlichen Lebensbereichs es erfordern. Eines besonderen Beschlusses von Seiten des Ausschusses bedarf es insoweit nicht; diese Schutzverpflichtung folgt vielmehr unmittelbar aus dem Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen.

Unter diesen Umständen bin ich zuversichtlich, dass das Aktenvorlagebegehren des Sozialausschusses nach Ausräumung der von Ihnen geschilderten Probleme zügig verwirklicht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Andreas Beran